

Pressemitteilung vom 09.04.2025

Koalitionsvertrag markiert autoritäre Wende in der Migrationspolitik

„Der heute veröffentlichte Koalitionsvertrag ist ein Dokument der Entsolidarisierung und ein Armutszeugnis für alle, die ihn unterschrieben haben. Er trägt die Handschrift der AfD und einer fortschreitenden autoritären Wende, wie wir sie auch in Ungarn und den USA sehen. Wer Schutzsuchende an den Grenzen zurückweisen, den Familiennachzug aussetzen und Abschiebungen nach Afghanistan ermöglichen will, stellt sich offen gegen den Rechtsstaat und die Menschenrechte“, kommentiert Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, den soeben präsentierten Koalitionsvertrag von SPD und Union. Bünger weiter:

„Auch wenn vieles bereits in den Sondierungspapieren angedeutet war, ist es doch erschütternd, in wie vielen Punkten sich die Union durchsetzen konnte. Geflüchtete aus der Ukraine, die neu einreisen, sollen künftig weniger Sozialleistungen erhalten, und das bisher von Deutschland bei den GEAS-Verhandlungen verteidigte Verbindungselement zu Drittstaaten wird fallengelassen. Besonders gravierend ist die geplante Abschaffung des Grundsatzes der Amtsermittlung im Asylverfahren – ein direkter Angriff auf rechtsstaatliche Prinzipien.

Union und SPD verkaufen diesen massiven Rechtsbruch als Ausdruck 'humanitärer Verantwortung' und als Maßnahmen 'für unser Land'. In Wahrheit ist es ein menschenrechtlicher Kahlschlag – kalt, kalkuliert, skrupellos. Wer jetzt noch behauptet, man müsse 'die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen', meint in Wahrheit: Wir machen rechte Politik, um rechten Stimmen hinterherzulaufen. Das alles erinnert mehr an die Rhetorik der AfD als an seriöse Politik in einer Demokratie und stärkt am Ende nur das rechte Original.

Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich in diesem Land längst nicht mehr sicher. Die Zahl rassistisch motivierter Übergriffe steigt, rechte Gewalt nimmt zu und dieser verschärft die Unsicherheit, verfestigt Ausgrenzung und normalisiert institutionellen Rassismus. Die künftige Regierung setzt menschenfeindliche Politik als neue Realität durch und erklärt Millionen Menschen damit zu Bürger*innen zweiter Klasse.

Wir als Linke bleiben dabei: Das machen wir nicht mit. Das Recht auf Asyl ist unantastbar. Wir fordern sichere Fluchtwege statt Abschottung, Familienzusammenführung statt Trennung, Bleiberecht statt Angst. Und wir werden weiter dafür kämpfen – mit aller Kraft und mit allen, die sich gegen diesen Frontalangriff auf die Menschenwürde wehren. Wir stehen fest an der Seite all jener, die von dieser Politik betroffen sind. Gegen die Normalisierung von Rassismus und Entrechtung hilft nur klare Haltung. Und genau die werden wir zeigen – im Parlament, auf der Straße, überall.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke